

17.2.2015

Grüne machen sich für Tierheim stark

KRESSBRONN (sz) - Zur Diskussion in der jüngsten Sitzung des Technischen Ausschusses über eine Anfrage der Tierfreunde Bodenseekreis für ein Tierheim in Gießen nimmt der Ortsverband der Grünen Stellung und verweist unter anderem darauf, dass das Tierheim in Friedrichshafen nicht immer die Aufnahme von Tieren garantieren könne. Gerade Katzen, Igel und andere Kleintiere müssten vermehrt aufgenommen werden.

Nun hätten die Antragsteller aus Sicht des Ortsverbands ein ideales Grundstück in Gießen in Aussicht: „Keine unmittelbare Nachbarschaft, genügend Freifläche und auch noch die Instandsetzung baufälliger Substanz. Und das Ganze finanziert aus Eigenmitteln ohne jegliche Zuschüsse von Gemeinde, Kreis oder Land. Eigentlich doch ein Idealzustand, könnte man denken. Doch nein, für das Vorhaben ist eine baurechtliche Genehmigung erforderlich. Eigentlich doch in Kressbronn auch kein Problem“, so die Grünen weiter.

Bei Besichtigung und Beratung sei den Ausschussmitgliedern „penetrant“ mitgeteilt worden, was alles nicht geht. „Man hatte den Eindruck, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen.“ Die Mehrheit der Ausschussmitglieder sei davon so beeinflusst gewesen, die Angelegenheit nicht zu befürworten, sondern an den Gemeinderat zu verweisen.

Man wolle der Baurechtsbehörde und Gemeindeverwaltung nicht den Vorwurf machen, „auf die baurechtlichen Gegebenheiten hinzuweisen. Den Vorwurf müssen wir aber machen, inkonsequent zu handeln“, heißt es in der Stellungnahme. Gebe es doch in der Vergangenheit schlimme Beispiele, wo gerade nicht baurechtliche oder landesrechtliche Vorschriften eingehalten worden seien, was zu städtebaulichen Fehlleistungen und zu Folgekosten für den Gemeindehaushalt geführt habe. „Hier hätte der Gemeinderat die Möglichkeit, als Souverän im Sinne des öffentlichen Interesses zu entscheiden, wenn man denn ein Herz für Tiere hätte. Die Planungshoheit der Gemeinde lässt doch gerade zu, Entscheidungen, die gut für die Allgemeinheit oder im öffentlichen Interesse sind, auch zu treffen. Da darf man ruhig der Baurechtsbehörde die Kante zeigen und mit gesundem Menschenverstand handeln. Zumal wie in diesem Fall weder Vereins- oder Baukostenzuschüsse oder sonstige Nachteile für die Gemeinde entstehen.“

Im Gegenteil, es gebe etliche Vorteile wie bessere Prävention im Tiererschutz durch Aufklärung von tierlieben Familien oder kurze Wege bei der Verbringung aufgefundener Tiere. Auch biete ein Tierheim die Chance, durch Aufklärung der Hundebesitzer auf die Probleme für die Landwirtschaft mit Hundekot hinzuweisen. Im Fazit stehe fest, dass es nicht mehr Tiere werden, sondern die, die ohnehin schon da sind, besser betreut würden. „Bleibt uns nur die Hoffnung, dass der Gemeinderat sich doch noch seiner Souveränität besinnt und für die Tiere entscheidet. Oder haben nur wir Grünen ein Herz für Tiere?“ heißt es in der Stellungnahme abschließend.